

# “Wir sind souverän, wir schotten uns ab!” – Die Erwartungen an die politische Debatte in der Schweiz wurden enttäuscht

JuWiss Redaktion

2014-02-20T11:23:09

von [DOMINIK ELSER](#)



Die

Schweiz hat mit [50.3%](#) die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Soviel ist bekannt, doch was heisst das jetzt alles? Die Einwanderung mit Kontingenten zu steuern, verletzt das Abkommen über die [Personenfreizügigkeit](#) zwischen der Schweiz und der EU. Verstösst die Schweiz gegen diesen Vertrag, können auch andere [Bilaterale Abkommen](#) fallen. Dies würde die schweizerische Integration in den europäischen Binnenmarkt rückgängig machen.

Will sich die Schweiz also mutwillig abschotten und ihren eigenen Wohlstand gefährden? Die [1'463'954 Schweizerinnen und Schweizer](#), die für die Initiative stimmten, meinten wahrscheinlich etwas anderes.

## Die Verfassung verlässt sich auf eine funktionierende politische Debatte

Bei Abstimmungen über Volksinitiativen wird das “Schweizer Volk” zum direktdemokratischen Verfassungsgeber. Die Verfassung kennt dabei kaum materielle Schranken. Zur Erinnerung: Die Bundesverfassung kennt keine Ewigkeitsklausel. Grundsätzlich kann jederzeit der gesamte Verfassungstext revidiert werden ([Art. 192 ff. BV](#)).

Die Verfassung geht davon aus, das Stimmvolk werde nicht alles tun, was es staatsrechtlich darf – mit anderen Worten, es werde seine verfassungsrechtlichen Befugnisse nicht vollends ausschöpfen. In den letzten Jahren haben verschiedene

Initiativen die inhaltlichen Schranken immer weiter ausgereizt – die Stichworte Verwahrung, Minarette und Ausschaffung dürften genügen.

Die Bundesverfassung könnte durchaus die materiellen Schranken erweitern und damit unabänderliche Inhalte von der Verfassungsrevision ausnehmen. Das Problem dabei ist eines der politischen Machbarkeit: Jede Verfassungsänderung muss dem Stimmvolk vorgelegt werden, auch wenn das Parlament die Änderung beschliesst ([Art. 194 Abs. 1](#) und [Art. 140 Abs. 1 Bst. a BV](#)). Dasselbe Stimmvolk, das problematische Initiativen annimmt, müsste also seine Kompetenzen beschränken.

## **Das Volk stimmt Ja, obwohl fast alle gesellschaftlichen Kräfte Nein sagen**

In der Schweizerischen Demokratie ist ein Spannungsverhältnis angelegt: Die Volksinitiative ist ein juristisches Instrument mit einer politischen Funktion. Durch die Möglichkeit, den Verfassungstext zu ändern, können gesellschaftliche Kräfte ihre Argumente einbringen und so ihre Interessen verfolgen. Das Stimmvolk soll sich die verschiedenen Argumente anhören können und gestützt darauf entweder “JA” oder “NEIN” auf den Stimmzettel schreiben.

Dennoch darf nicht vergessen werden, dass mit jeder angenommenen Volksinitiative der höchste Erlass der Schweizer Rechtsordnung angepasst wird. Der politischen Debatte obliegt es, den Stimmbürger an seine Funktion als Verfassungsgeber zu erinnern. In dieser Debatte nehmen die Parteien eine wichtige Rolle ein. Oder wie die Verfassung in [Artikel 137](#) sagt: “Die politischen Parteien wirken an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes mit.”

Die Masseneinwanderungsinitiative stammt von der SVP, ein [27-köpfiges Initiativkomitee](#) zeichnete dafür verantwortlich. Auf der Gegenseite standen all jene gesellschaftlichen Gruppen, die ein Nein zur Abstimmungsvorlage erreichen wollten. Laut der [offiziellen Parolen](#) waren das die anderen politischen Parteien, die Kantonsregierungen, der Städteverband, Gewerbe, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Industrieverbände und wohltätige Organisationen. Sie allesamt wollten – laut offizieller Parole – ein Nein erreichen. Es gelang ihnen nicht.

## **Eine Krise der politischen Debatte über rechtliche Fragen**

Befindet sich die direkte Demokratie also in einer Krise? Ja, mit einer Präzisierung: Es ist eine Krise der politischen Debatte über rechtliche Fragen. Gemäß einer Idee von [Jasper Finke](#) müssen Krisen vom Bild der Ausnahme entfernt werden. Die Ausnahme suggeriert einen Grundsatz, zu dem wir zurückkehren können. Stattdessen versteht Jasper die Krise als eine enttäuschte Erwartung. Wenn eine Erwartung einmal enttäuscht wurde, macht es keinen Sinn an ihr festzuhalten. Was heisst das für die Schweiz?

Das Schweizer Stimmvolk betreibt Demokratie auf eine Art und Weise, wie das die Verfassung nicht erwartet hat. Es entscheidet über rechtliche Fragen, ohne die rechtlichen Konsequenzen genügend zu bedenken. Wenn eine Mehrheit der

gesellschaftlichen Kräfte die Nein-Parole beschliesst und die Abstimmung verliert, hat die politische Debatte versagt. Gute Argumente waren vorhanden. Parteien, Verbände und andere Organisationen waren vorhanden. Dennoch konnte die SVP eine Mehrheit hinter ihrer Initiative versammeln.

## **Nach der Initiative ist vor der Umsetzung**

Aus staatsrechtlicher Sicht kann man bedauern, dass Volksinitiativen nicht mehr so verwendet werden, wie sie ursprünglich gedacht waren. Aber die enttäuschte Erwartung ist hinzunehmen. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative war keine Ausnahme, kein Ausrutscher. Die politische Debatte hat nicht so funktioniert, wie sie früher funktioniert hat, und wird es auch nicht wieder. Der Weg aus der Krise geht vorwärts: Wir müssen eine neue Sprache finden, eine neue Debattenkultur prägen. Dies ist schwierig, es wird Jahrzehnte dauern.

Was die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative unmittelbar für die Schweiz bedeutet, wird sich erst in ihrer Umsetzung zeigen. Die Initiative bestimmt das Verfahren zur Umsetzung gleich selbst. Die [neuen Verfassungsbestimmungen](#) geben dem Parlament eine Frist von drei Jahren für die "Ausführungsgesetzgebung". Danach soll die Regierung gesetzgeberisch tätig werden. Der neue [Art. 121a Abs. 1 BV](#) ist einigermaßen deutlich formuliert: "Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig." Alles Weitere wird sich in den nächsten drei Jahren zeigen.

Es ist zu hoffen, die politische Debatte funktioniere in der Umsetzungsphase besser als im Abstimmungskampf.

